

Elfte Sitzung – Onzième séance

Donnerstag, 19. März 1992, Vormittag
Jeudi 19 mars 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker

92.006

Sperrfrist für die Veräußerung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke. Aenderung

Délai d'interdiction de revente des immeubles non agricoles. Modification

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 437 hiavor – Voir page 437 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 18. März 1992
Décision du Conseil des Etats du 18 mars 1992

Art. 1 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Rechsteiner, Bär, Bäumlín, Bühlmann, de Dardel, von Felten)
Festhalten

Art. 1 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Rechsteiner, Bär, Bäumlín, Bühlmann, de Dardel, von Felten)
Maintenir

Engler, Berichterstatter: Ich beantrage Ihnen, auf den Beschluss des Ständerates zu Artikel 1 einzuschwenken und keine weiteren Differenzen zu kreieren. Dies aus folgenden Gründen:

Jede neue Differenz würde zu einer Verschiebung führen; die bestehenden, erkannten Mängel könnten nicht behoben werden, und wir müssten das Gesetz in Kauf nehmen, wie es heute ist – eben unbefriedigend. Damit würden wir die Akzeptanz der Sperrfrist beim Volk weiter unterminieren und gefährden.

Es gibt aber nicht nur eine zeitliche Rechtfertigung, es gibt auch eine sachliche Rechtfertigung: Eine weitere Verschiebung würde die Rechtssicherheit gefährden, und auch im Volk wäre es nicht einsehbar, wieso wir diesen Streit über Sessiónen hinweg weiterführen. Das System des Ständerates ist nicht ein Kompromiss, es liegt nicht einfach zwischen null und drei Jahren. Das Spiel 5:0/3:0/3:2 ist nur ein Element im Ganzen. Man hat ebenfalls den Ausnahmekatalog mit einzubeziehen. Ich habe bereits das letzte Mal gesagt: Je länger die Frist, desto länger die Ausnahmen; je kürzer die Frist, desto kürzer der Ausnahmekatalog. Der Ständerat hat nun bei seinem System nicht nur die Frist, sondern gleich auch noch den Ausnahmekatalog gekürzt. Konkret wurden bei Artikel 4 Absatz 1 die Buchstaben c und k, die wir aufgrund von Anträgen von Herrn Hegetschweiler und Herrn Baumberger beschlossen hatten, aus dem Ausnahmekatalog herausgenommen.

Allerdings wurde dafür eine Korrektur bei Buchstabe e angebracht: Es sollen nämlich Mieter und Pächter kaufen können, bzw. es kann ihnen das Eigentum veräußert werden – und zwar nicht nur dann, wenn der Preis dem Ertragswert entspricht, sondern grundsätzlich, also auch mit Gewinn. Damit wurde das Anliegen insofern übernommen, als die Eigentumsförderung forciert werden soll.

Der Antrag der Mehrheit würde somit gegenüber dem letzten Beschluss unseres Rates im Bereiche der Ausnahmen eine Verschärfung darstellen, bei der Dauer der Frist dagegen eine Lockerung. Beide Systeme erscheinen mir persönlich etwa gleichwertig.

Erlauben Sie mir hier eine Bemerkung zum Antrag der Minderheit, auf drei Jahre zurückzukommen: Wir haben das letzte Mal mit ganz knapper Mehrheit den Antrag David verworfen, welcher bereits damals zwei Jahre wollte. Im Ständerat wurde die Dreijahresfrist mit 39 zu 3 Stimmen abgelehnt; er hat sich für die Zweijahresfrist ausgesprochen. Ähnlich sieht es in der vorberatenden Kommission aus: Sie hat mit 16 zu 7 Stimmen beschlossen, von drei auf zwei Jahre zurückzugehen, allerdings eben unter der Voraussetzung, dass auch die Ausnahmen gekürzt werden.

Ich bitte Sie, den Bundesbeschluss so, wie er von der Mehrheit beantragt wird, zu akzeptieren und auf den Beschluss des Ständerates einzuschwenken.

M. Berger, rapporteur: Votre Commission des affaires juridiques s'est réunie hier après-midi pour prendre connaissance des dernières décisions du Conseil des Etats et se déterminer sur les délais d'interdiction de revente d'immeubles non agricoles, et surtout pour lever les divergences qui subsistent.

La plus importante, c'est bien évidemment l'article premier qui définit le délai. Le Conseil des Etats nous propose de ramener ce délai d'interdiction à deux ans. Votre commission, par 16 voix contre 7, propose de se rallier à cette décision. A vrai dire, ce n'est pas avec enthousiasme que vos commissaires ont rejoint la position de la Chambre haute, car en fait cette décision ne satisfait entièrement personne. Une partie de la commission trouve ce délai de deux ans trop court et pense qu'il serait plus raisonnable d'en rester au premier projet, alors que pour d'autres seule l'abrogation de l'arrêté se justifie.

Je n'entrerai pas dans le détail des arguments que font valoir les adeptes de l'abrogation, ni ceux qui militent pour les trois ans. Vous les connaissez et les avez entendus à maintes reprises. Je dirai tout au plus que pour les premiers l'abrogation est dictée par le retour d'un climat économique plutôt maussade et difficile, alors que pour les seconds la spéculation en cascade n'est de loin pas écartée.

Dans un climat aussi tranché, le seul point de rencontre envisageable pour régler ces divergences est évidemment la solution du compromis. Au sens exact du terme, il s'agit d'opter pour une solution intermédiaire entre deux solutions extrêmes. Même s'il ne satisfait pleinement personne, ce compromis a au moins le mérite de nous sortir de l'impasse.

C'est pourquoi votre commission vous engage à suivre le Conseil des Etats sur cet article. Le compromis n'est pas, et de loin, la procédure la plus heureuse mais, dans un système démocratique tel que le nôtre, lorsque les meilleurs arguments deviennent redites et s'affrontent sans succès, je doute fort qu'il y ait un autre terrain d'entente possible.

Si nous suivons la majorité de la commission, solution approuvée d'ailleurs par le Conseil fédéral, nous éviterons que la situation se dégrade davantage encore. En cas d'échec, le climat qui en résulterait serait alors plus dommageable pour nos institutions parlementaires que ce que vise l'arrêté proprement dit.

Votre commission vous propose également, sans opposition, de lever les divergences qui subsistent à l'article 3, lettres h et à l'article 4, lettres c, e et k, et de suivre le Conseil des Etats. Ces nouvelles dispositions allégeront sensiblement l'arrêté.

En résumé, nous vous proposons, par 13 voix contre 2 et 5 abstentions en vote final, de nous rallier au Conseil des Etats. Dans cette optique, nous serons alors à même de présenter l'arrêté modifié dans les meilleurs délais.

Dettling: Wir stehen in einer weiteren Phase des Differenzbereinigungsverfahrens bei diesem dornenvollen Sperrfristgeschäft.

Eine nüchterne Lageanalyse zeigt, dass uns sowohl vom Zeitdruck wie auch vom Geschäftsreglement, aber auch vom politischen Umfeld her die Hände weitgehend gebunden sind. Unter Berücksichtigung dieser wenig erfreulichen Rahmenbedingungen bin ich beauftragt, Ihnen namens der FDP-Fraktion die folgende Haltung bekanntzugeben.

Wir stimmen der Auffassung des Ständerates grundsätzlich zu. Damit soll vor allem die Reduktion der Sperrfrist auf zwei Jahre festgeschrieben werden. Ebenso erklären wir uns mit dem bereinigten Artikel 4 einverstanden.

Gleichzeitig deponieren wir hier aber die folgenden wesentlichen Vorbehalte:

1. Unsere heutige Zustimmung bedeutet keinesfalls eine Zustimmung zum Sperrfristbeschluss an sich bzw. zu dessen Verlängerung, nachdem dieser nach unserer Auffassung heute bei rückläufiger Wirtschaft völlig quer in der Landschaft steht.

2. Ebenso wenig signalisieren wir mit unserer heutigen Zustimmung unser Einverständnis zur Ueberführung dieses ordnungspolitisch ohnehin fragwürdigen Instrumentes ins ordentliche Recht.

3. Nicht einig gehen wir mit der bundesrätlichen Meinung, wonach bei konstitutionellem Dringlichkeitsrecht, wie dies hier wohl der Fall ist, die Voraussetzung der Dringlichkeit nur zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung gegeben sein müsse. Dies gilt vor allem dann nicht, wenn im Beschluss selber – ich verweise auf Artikel 25 – bzw. bei der parlamentarischen Behandlung stets davon die Rede war, dass bei Wegfall der Voraussetzungen die Aufhebung des Beschlusses eine Selbstverständlichkeit sei.

4. Wir tolerieren mit unserer Zustimmung zu Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe e anstelle der nationalrätlichen Erweiterungen des Ausnahmenkataloges nicht etwa die sehr weltfremde bundesgerichtliche Praxis, wonach bei Renovationen der hierfür notwendige Aufwand 100 Prozent des Erwerbspreises betragen muss.

Unter Berücksichtigung dieser Vorbehalte votieren wir – wenn auch nicht dem eigenen Triebe, sondern vielmehr der Not gehorchend – für die Fassung des Ständerates, wohl wissend, dass der Spatz in der Hand immer noch besser ist als die Taube im Himmel.

Apropos Himmel: Erlauben Sie mir hier noch eine kurze Adresse an die Kollegen und Kolleginnen im CVP-Lager und namentlich auch an Herrn Bundesrat Koller: Wir halten es für zweckmässiger, den von Ihnen veranstalteten Glaubenskrieg durch einen Akt liberaler Toleranz zu beenden, etwa nach dem Motto: «Der Gescheitere gibt nach.» Dies übrigens in der berechtigten Hoffnung, dass der zuständige Bundesrat nach geschlagener Schlacht doch noch Einsicht zeigen wird und den unnötigen Sperrfristbeschluss – entsprechend der Empfehlung des Ständerates – in eigener Kompetenz baldmöglichst aufheben wird.

Rechsteiner, Sprecher der Minderheit: Namens der Minderheit der Kommission möchte ich Sie bitten, bei der vom Nationalrat beschlossenen Kompromissfassung von drei Jahren Sperrfrist zu verbleiben, am Beschluss in diesem Punkt festzuhalten; das im Unterschied zu Artikel 4, wo die Beschlüsse des Ständerates sachgerecht sind.

Es ist zwar nicht verwunderlich, dass der Ständerat auf der Position einer Sperrfrist von zwei Jahren einen Kompromiss gesucht hat, nachdem im Nationalrat der Antrag von Herrn David auf partielle Aushöhlung des Beschlusses – Reduktion der Sperrfrist auf zwei Jahre – eine relativ gute Stimmenzahl gemacht hat. Trotzdem ist es für die Kommissionsminderheit und von der Sache her fatal, die Sperrfrist um ein weiteres Jahr zu kürzen. Mit dieser Verkürzung würde nämlich die Sperrwirkung der Sperrfrist ganz massiv reduziert. Die Sperrfrist muss ja eine Sperrwirkung erzielen, und diese Sperrwirkung würde entscheidend reduziert.

Drei Jahre sind für eine nachhaltige Sperrwirkung gegen Spekulationsgeschäfte ein Minimum. Unter dieses Minimum kann

nicht gegangen werden, wenn die Sperrwirkung gegen Spekulationsgeschäfte auch noch greifen soll. Sinn und Zweck des Bundesbeschlusses über die Sperrfrist ist unbestrittenermassen die Spekulationsbekämpfung. Wenn es bereits nach zwei Jahren wieder möglich ist, Liegenschaften selbst dann weiterzuveräussern, wenn dafür kein legitimer Grund vorhanden ist, dann wird der Sinn und Zweck des Beschlusses, nämlich die Spekulationsbekämpfung, ausgehöhlt.

Man muss die Sperrfrist vor dem Hintergrund eines sehr umfassenden Ausnahmenkataloges – bereits aufgrund der geltenden Fassung des Beschlusses, aber auch aufgrund des noch erweiterten Ausnahmenkatalogs in der neuen Fassung des Ständerates – betrachten. Es sind weitere Ausnahmen geschaffen worden, legitime und weniger legitime. Gegen die Erweiterung der Ausnahmen beispielsweise bei der Erbteilung ist überhaupt nichts einzuwenden. Bei weiteren Ausnahmen verhält sich das anders. Aber wichtig ist zu sehen, dass alle volkswirtschaftlich legitimen Handänderungen aufgrund des Ausnahmenkataloges bereits innert der Sperrfrist abgewickelt werden können. Unter die Sperrfrist fallen nur Geschäfte, die letztlich als spekulativ bezeichnet werden müssen, Geschäfte, die sich bei Mietliegenschaften regelmässig auf die Mieten auswirken und bei denen deshalb vom Zweck der Spekulationsbekämpfung her ein Interesse besteht, die Sperrfrist gelten zu lassen.

Die Einbussen, die sich bei einer Reduktion von drei auf zwei Jahre ergeben, lassen sich auch quantifizieren. Es ist ausgerechnet worden, dass bei einer Reduktion der Sperrfrist von fünf auf drei Jahre nur noch rund 75 Prozent der Geschäfte, die bisher unter die Sperrfrist gefallen sind, durch den Beschluss erfasst würden. Falls eine weitere Verkürzung der Sperrfrist auf zwei Jahre vorgenommen wird, fallen nur noch 50 Prozent, also nur noch die Hälfte der heute erfassten Geschäfte, unter die Sperrfrist. Mit dieser massiven Einbusse, einmal seitens der Sperrwirkung der Sperrfrist, aber auch im Hinblick auf die Zahl der erfassten Geschäfte, bedeutet eine Reduktion von drei auf zwei Jahre eine entscheidende Verschlechterung des Beschlusses.

Eine letzte Bemerkung: Mit der Reduktion der Sperrfrist von fünf auf drei Jahre – nach dem Vorschlag des Bundesrates –, zusammen mit den Ausnahmen, die der Bundesrat vorgeschlagen hat, ist bereits ein sehr weit gehender Kompromiss vorgeschlagen worden. Eine Reduktion der Sperrfrist von fünf auf drei Jahre ist ein Kompromiss, der auch von unserer Seite her bis hin zur Schlussabstimmung mitgetragen würde. Wenn Sie die Sperrfrist nun entsprechend dem Beschluss des Ständerates – und entsprechend dem Antrag David bei unserer letzten Beratung – um ein weiteres Jahr verkürzen, dann höhlen Sie den Bundesbeschluss so weit aus, dass wir diesen schiefen Kompromiss nicht mehr mittragen können. Die Voraussetzungen für unser aktives Mittragen dieser Abänderungen sind nicht mehr gegeben, wenn der Bundesbeschluss so ausgehöhlt wird.

Iten Joseph: Ich kann Ihnen ganz kurz die Haltung der CVP-Fraktion zu diesem Geschäft bekanntgeben. Sie haben gehört, dass eine Fraktion bereits Vorbehalte zu diesen Anträgen angebracht hat, jedoch zustimmen wird. Es liegt ein bereits begründeter Minderheitsantrag vor.

Unsere Fraktion ist von den Ständeratsbeschlüssen ebenfalls nicht besonders begeistert, weil das, was jetzt vorliegt, schon seit mehreren Wochen hätte vorliegen sollen und weil das ganze Hin und Her nicht mehr nötig gewesen wäre. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass die Beschlüsse aus dem Ständerat, über die wir heute zu befinden haben, von den drei uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die einzige valable Variante darstellen. Deshalb werden wir den Anträgen der Kommissionsmehrheit bzw. der Kommission zustimmen.

Zwei Gründe sind dafür massgebend. Kollege Ducret wird Ihnen aus der Sicht unserer welschen Kollegen unseren Standpunkt noch etwas genauer darlegen. Wir sind der Auffassung, dass durch die Reduktion der Sperrfrist von drei auf zwei Jahre das Opfer, das wir bei dieser Debatte von unseren welschen Kollegen verlangt haben, etwas geringer ausfällt. Vor allem

meinen wir, dass dieser persische Markt über die Fristen beendet werden soll, damit endlich wieder Rechtsklarheit herrscht. Unsere Fraktion wird deshalb in der Abstimmung den Minderheitsantrag ablehnen. Wir werden sämtlichen Anträgen der Kommissionmehrheit bzw. der Kommission zustimmen. Wir werden diese Haltung bis zur Schlussabstimmung durchhalten, sofern das ganze Konzept, wie es uns der Ständerat vorlegt, ohne Abänderungen angenommen wird.

M. Ducret: J'ai déjà eu l'occasion de vous exposer toutes les réserves émises par les démocrates-chrétiens romands au sujet de cet arrêté. Je n'y reviendrai pas, si ce n'est pour dire notre satisfaction qu'un compromis semble pouvoir être trouvé, qui évite le maintien du statu quo – la pire des solutions – ainsi que la répétition de la malencontreuse votation finale de décembre dernier. Par ailleurs, ce compromis justifie l'initiative prise par le Conseil fédéral de représenter ce projet au Parlement quelques semaines après son échec.

Cela dit, qu'on ne s'y méprenne pas, il s'agit d'une véritable concession par rapport à nos convictions. C'est la raison pour laquelle les démocrates-chrétiens romands soutiennent vivement la recommandation votée par le Conseil des Etats. Dans son appréciation, le Conseil fédéral devra tenir compte du fait qu'aujourd'hui il ne réunirait pas une majorité du Parlement pour adopter l'arrêté présenté en octobre 1989. D'autre part, les questions qui se posaient à l'époque et qui se posent toujours au sujet de la constitutionnalité de ces dispositions au regard du principe de la garantie de la propriété devraient inciter le gouvernement à renoncer à persévérer, et ce dès l'autisme prochain ou au plus tard à la fin de l'année, surtout si rien ne vient démontrer une reprise des velléités spéculatives dans le marché immobilier.

Monsieur le Conseiller fédéral, soyez assuré que nous nous opposerons à toute tentative d'introduire un tel délai dans le droit ordinaire. L'expérience vécue démontre que cet arrêté a déployé des effets pervers qui doivent nous amener à explorer d'autres pistes, d'autres voies pour combattre la spéculation. Pour notre part, c'est des cantons, grâce à une fiscalité dissuasive, que doivent venir les solutions à long terme.

Cela étant et en l'état, la solution choisie, compte tenu des circonstances et des risques d'une répétition de la déconvenue de décembre dernier, nous paraît satisfaisante et acceptable. C'est la raison pour laquelle nous vous invitons à soutenir la proposition de la majorité.

M. de Dardel: Le groupe socialiste soutient la proposition de la minorité de la commission, à savoir de maintenir un délai d'interdiction de revente de trois ans. Certes, le Conseil des Etats a fait une concession majeure en entrant en matière sur le principe du maintien de l'arrêté et en revenant à presque 180 degrés en arrière par rapport à sa position précédente d'abolition de cet arrêté. Autre point favorable, le Conseil des Etats a accompli un travail positif en ce qui concerne le détail de la loi, puisqu'il a remis les choses en ordre à propos de propositions acceptées un peu précipitamment par notre conseil lors de notre dernière séance.

Cela dit, si le Conseil des Etats a fait un pas décisif qui est une victoire pour ceux qui luttent contre la spéculation foncière, il nous prie néanmoins de limiter le délai d'interdiction à deux ans, reprenant ainsi la proposition de M. David, de notre conseil. Nous jugeons que la concession demandée par le Conseil des Etats est trop importante. La diminution du délai de revente de trois à deux ans a en effet toutes sortes d'inconvénients que je résume brièvement.

Tout d'abord, plus le délai d'interdiction de revente est court, plus il est facile de le contourner par des moyens légaux ou illégaux. Certes, le délai de deux ans empêcherait les ventes en cascade les plus spectaculaires, celles qui ont le plus frappé l'opinion publique, mais de telles ventes, dans leur définition, peuvent parfaitement dépasser un rythme bisannuel.

Nous avons dit antérieurement que, pour nous, un délai de trois ans était vraiment le strict minimum, voire un délai trop court. Même le Conseil fédéral d'ailleurs, lorsqu'il a présenté au Parlement une modification de l'arrêté, n'était pas du tout animé du désir de réduire le délai d'interdiction, mais de celui

d'adapter l'arrêté fédéral concernant des questions annexes, notamment le problème du partage successoral.

Ensuite, un élément nouveau important, plaçant également en faveur du maintien d'un délai de trois ans, a été présenté hier au sein de notre commission à propos de la diminution du champ d'application de l'arrêté en cas de réduction du délai à deux ans. Selon une projection faite sur la base des demandes d'autorisations, l'administration avait estimé qu'en cas de réduction du délai à trois ans, environ 25 pour cent des transactions, antérieurement soumises à l'interdiction, échapperaient à cette prescription. Or, 50 pour cent y échapperaient, si le délai d'interdiction est réduit à deux ans. Par conséquent, l'arrêté fédéral tel qu'il est suggéré par le Conseil des Etats est exactement deux fois moins efficace que le texte actuellement en vigueur.

Nous estimons que nous devons conserver un instrument suffisant afin d'empêcher le développement de la spéculation foncière dans une ampleur identique à celle des années quatre-vingts. Un tel risque existe; c'est pourquoi nous insistons pour que le délai de trois ans, considéré comme un strict minimum, soit adopté par le Conseil national. Le risque d'un développement spéculatif est d'autant plus fort si l'on envisage l'hypothèse de l'abrogation de la lex Friderich. En effet, les experts mandatés par les cantons et la Confédération estiment qu'il y a un risque de tension sur le marché immobilier et de renouvellement de la spéculation dans le cas d'une telle suppression. Le Parti socialiste a été le seul à insister sur cet élément capital pour l'avenir. Nous le répétons, il est absolument indispensable que la législation reste efficace et que le délai d'interdiction de revente soit de trois ans au minimum.

M. Poncet: L'évolution de ce débat sur l'interdiction du délai de revente nous a permis de passer du choléra à la peste, puis de la peste à la bronchite. La peste, c'était le délai de cinq ans; le choléra, c'est le délai de trois ans, proposition de la minorité que nous rejetterons aujourd'hui sans l'ombre d'une hésitation. La bronchite enfin, c'est la solution qui est ressortie du débat du Conseil des Etats, ce que M. Ducret a qualifié tout à l'heure de compromis satisfaisant; c'est évidemment une question de définition.

Le groupe libéral aurait souhaité l'abolition pure et simple de cet arrêté. Il s'est battu dans ce sens, il maintient aujourd'hui que cette mesure est inadéquate et qu'elle n'a que des effets pervers, même avec un délai réduit à deux ans. Cependant, voter à nouveau l'abolition de cet arrêté, à supposer que ce soit possible ce matin, ou voter, comme nous vous l'avions proposé lors du premier débat, la réduction du délai à un an, ce serait créer une nouvelle divergence avec le Conseil des Etats. Le président de notre commission a rappelé tout à l'heure – à juste titre – que cette solution ne serait pas souhaitable, dès lors qu'elle aboutirait en réalité à maintenir le délai de cinq ans, c'est-à-dire la peste jusqu'au moment où ce Parlement pourrait reprendre le dossier. C'est donc à tout prendre, en préférant la bronchite au choléra qu'avec regret – je dirais même avec tristesse – le groupe libéral se ralliera à la solution du Conseil des Etats, car elle constitue un moindre mal. Ce ralliement cependant ne signifie en aucun cas – vous me permettrez d'insister là-dessus – que nous admettons le principe d'un délai d'interdiction de revente, notamment dans l'hypothèse où un tel principe devrait être proposé dans la législation ordinaire. Nous nous rallions à la solution de ce matin exclusivement parce qu'elle constitue un moindre mal, nous n'acceptons pas le principe même du délai de revente.

Par ailleurs, le groupe libéral a pris acte avec satisfaction de la recommandation votée hier par le Conseil des Etats. Ce dernier a en effet voté une recommandation demandant au Conseil fédéral d'abroger cet arrêté le plus rapidement possible. Nous nous rallions à cette recommandation, nous l'appuyons et nous souhaitons qu'elle soit suivie d'effet rapidement. A cet égard d'ailleurs, j'ai deux questions à poser à M. Koller. La première question est celle-ci: Monsieur le Conseiller fédéral, aujourd'hui, êtes-vous prêt à mettre à l'ordre du jour d'une prochaine séance du Conseil fédéral la recommandation par le Conseil des Etats, afin qu'une décision soit prise? Ou est-ce que, comme vous l'avez laissé entendre

lors du débat au Conseil des Etats, vous entendez prendre acte avec courtoisie de cette recommandation sans prendre aucune autre initiative pendant un certain nombre de mois?

Ma seconde question est celle-ci: Monsieur le Conseiller fédéral, vous avez déclaré à plusieurs reprises, lors de ces débats, que vous n'étiez, quant à vous, pas persuadé qu'il fût nécessaire d'abolir aujourd'hui cet arrêté. Je voudrais, si vous le permettez, vous citer très rapidement quelques chiffres qui concernent le canton de Genève, territoire exotique il est vrai, dont les développements sont observés avec discernement depuis Berne, mais c'est tout de même un canton suisse et ces chiffres sont parlants. Monsieur le Conseiller fédéral, en 1989, le canton de Genève a encaissé 171,6 millions au titre des droits d'enregistrement. En 1991, ce chiffre est tombé à 78 millions. Au titre de l'impôt spécial sur les bénéfices immobiliers, le canton de Genève a encaissé en 1988 104,3 millions, en 1991 le chiffre est de 24,7 millions.

Alors, Monsieur le Conseiller fédéral, de quelle autre démonstration avez-vous besoin pour arriver à la constatation qu'il n'y a plus aujourd'hui de spéculation foncière? Je n'ai pas pris la peine de vérifier les chiffres des autres cantons romands, un simple téléphone à Genève m'a suffi pour être renseigné, vos services pourront le faire, les chiffres sont les mêmes dans les autres cantons. De quelle autre démonstration avez-vous besoin pour constater qu'il n'y a plus aujourd'hui de risques de spéculation immobilière, lorsque le produit de l'impôt sur le bénéfice immobilier passe de 100 millions en chiffres ronds à vingt millions environ?

On a dit que gouverner, c'est prévoir. C'est vrai. Gouverner c'est aussi agir. A vouloir, Monsieur le Conseiller fédéral, maintenir contre vents et marées une mesure inadéquate et qui ne sert plus à rien, vous vous exposez à ce que, si l'économie immobilière de ce pays, qui est aujourd'hui en difficulté, pour ne pas dire en crise, si elle est demain en ruine ce soit à vous, Monsieur le Conseiller fédéral, que l'on vienne en demander des comptes.

Reimann Maximilian: Die SVP-Fraktion stimmt in der Differenzbereinigung bei Artikel 1 der Kommissionmehrheit zu und damit einer Verkürzung der Sperrfrist auf zwei Jahre. Sie tut dies aber nicht aus der Ueberzeugung heraus, dass die Sperrfrist weiterhin notwendig sei; sie tut es primär in der Absicht, der Grotteske und dem Hüst und Hott, das im Gefolge dieses Geschäftes entstanden ist, endlich ein Ende zu bereiten.

Mit dieser Haltung möchten wir Hand dazu bieten, die völlig quer in der politischen und volkswirtschaftlichen Landschaft liegende fünfjährige Sperrfrist endlich zu beseitigen. Mit der zweijährigen Frist und dem folgerichtig erweiterten Ausnahmekatalog können wir uns einverstanden erklären. In den allermeisten normalen Fällen können nichtlandwirtschaftliche Grundstücke wieder innert nützlicher Frist gehandelt werden. Volkswirtschaftlich schädliche Kaskadenkäufe und -verkäufe und spekulative Preistreiberien, die auch unsere Fraktion – ich betone: auch unsere Fraktion – stets konsequent missbilligt hat, unterliegen weiterhin der Sperrfrist. Mit diesem ordnungspolitischen Eingriff in die freien Marktkräfte können wir aber in Abwägung aller auf dem Spiel stehenden Rechtsgüter durchaus leben.

Schliesslich noch eine Bemerkung an Ihre Adresse, Herr Bundesrat Koller: In der Kommission und heute auch wieder im Rat war viel vom Anschlussprogramm die Rede, von der Ueberführung der Sperrfrist ins ordentliche Recht. Wir haben nichts dagegen, wenn Sie uns, Herr Bundesrat, andere Massnahmen aufzeigen können, um die volkswirtschaftlich schädlichen Grundstücksspekulationen in den Griff zu bekommen. Wir können uns jedoch kaum vorstellen, dass wir zu Regulierungen Hand bieten werden, die in krasssem Widerspruch zu einem geordneten Spiel der freien Marktkräfte stehen. Dazu gehören beispielsweise generelle Sperrfristen, einschneidende Vorkaufsrechte für Mieter; insbesondere soll und darf der Ausnahmefall von Artikel 4 Absatz 1 Litera e betreffend Mieter und Pächter kein Präjudiz in dieser Richtung sein.

Wir bitten Sie also, Herr Bundesrat: Schielen Sie bei Ihren departementsinternen Brainstormings nicht zu sehr nach links!

Uebersehen Sie nicht, dass freies Eigentum gerade im Bodenrecht bei der grossen Mehrheit unserer Bevölkerung nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert hat.

Scherrer Jürg: Auch die Fraktion der Auto-Partei wird dem Mehrheitsbeschluss der Kommission, also der Sperrfrist von zwei Jahren, zustimmen – zwar nur zähneknirschend und nicht, weil wir für eine Sperrfrist sind, sondern weil der Ständerat die Abschaffung hat fallenlassen und dem Kompromiss von zwei Jahren jetzt Rechtskraft erwachsen muss. Wir wollen jetzt endlich einen Beschluss, um diese unglückselige Sperrfrist mit all ihren negativen Konsequenzen – wenn doch keine Abschaffung möglich ist – auf eine möglichst kurze Frist reduzieren zu können.

Die Sperrfrist ist einmal mehr typisch für die schweizerische Politik: Das von einer Minderheit «geschaffene» Problem der Spekulation wurde vor allem von den Medien hochgespielt; dann versäumte es die bürgerliche Mehrheit, rechtzeitig einer politischen Strömung, die immer mehr Staat und immer mehr Bevormundung will, Einhalt zu gebieten. Wir haben jetzt einen dringlichen Bundesbeschluss und die Sozialisierung und Verstaatlichung eines weiteren Bereiches. Ist es erst einmal Tatsache geworden, bringt man es nicht mehr weg.

Es gibt zwar – das sei zugegeben – keine direkt messbaren volkswirtschaftlichen Verluste wegen dieser Sperrfrist, aber es ist doch völlig klar, dass die Investitionsbereitschaft der Liegenschaftsbesitzer in den Wohnungsbau gesunken ist; das lässt sich nicht wegdiskutieren. Also ist diese Sperrfrist mitverantwortlich für die wirtschaftlichen Probleme der Schweiz und vor allem der Bauwirtschaft.

Die Sperrfrist ist heute überhaupt nicht mehr nötig, das sagt sogar Herr Bundesrat Koller, denn die Spekulation ist nicht mehr existent. Es ist unhaltbar, einen dringlichen Bundesbeschluss quasi auf Vorrat und auf Verdacht hin aufrechtzuerhalten, nur weil möglicherweise eines Tages wieder spekuliert wird. Gegen die Spekulation gibt es andere Mittel.

Die Auto-Partei ist gegen jede Sperrfrist im Liegenschaftshandel, und wir erwarten vom Bundesrat deren Aufhebung – und zwar in der nächsten Zeit –, denn es liegt in der Kompetenz des Bundesrates, bei Wegfall der Voraussetzungen einen dringlichen Bundesbeschluss aufzuheben.

Engler, Berichterstatter: Herr Poncet hat wiederholt, was wir bereits gehört haben: Er möchte die «abolition pure et simple». Ich möchte ihm doch sagen, dass die reinen Lehren und die einfachen Lösungen nicht immer die besten sind. Auch seine Wähler werden davon profitieren, dass wir den Bundesbeschluss ändern. Des weiteren möchte ich ihm sagen: Die Sperrfrist ist nicht für die wirtschaftliche Krisensituation verantwortlich, wohl aber die Spekulation in den späten achtziger Jahren.

Auch die Herren Scherrer Jürg und Reimann Maximilian haben betont, dass es sich um verhältnismässige Massnahmen handelt, die akzeptiert werden können. Zum Regieren gehört das Voraussehen. Es könnte durchaus sein, dass in Zukunft wieder spekuliert wird, dass der Markt dies zulässt und wir durch übermässiges Spekulieren wieder in wirtschaftliche Krisensituationen hineingeraten.

Ich danke Herrn Dettling, der namens der FDP-Fraktion erklärt hat, die FDP-Fraktion stelle das Sperrfeuer gegen die Sperrfrist nun ein und nehme den Waffenstillstand an. Wir nehmen dies sehr gerne zur Kenntnis, auch wenn das durch die liberale Toleranz und nicht durch die Einsicht in diesen Akt begründet ist.

Zu Herrn de Dardel folgendes: Er hat erwähnt, dass bei einer Reduktion der Dauer von drei auf zwei Jahre neu nur mehr 50 Prozent der Verkäufe – und nicht mehr 75 wie bei der fünfjährigen Sperrfrist – unter diesen Beschluss fallen würden. Uns scheint aber diese Reduktion gerade deshalb vertretbar, weil der Ausnahmekatalog gekürzt wurde, weil weniger Umgehungen möglich sein werden als bisher und weil das Verfahren vereinfacht wird.

Ich bitte Sie, diesem Hin und Her oder – wie das Herr Joseph Iten gesagt hat – diesem persischen Markt ein Ende zu setzen. Ich bin überzeugt, dass die zweijährige Frist mit der heutigen

Ausnahmeregelung eine vernünftige und massvolle Regelung darstellt, die akzeptiert werden kann und akzeptiert werden sollte.

Ich möchte noch auf etwas hinweisen: Wir werden bei Artikel 10 Absatz 2 über die Dringlichkeit zu befinden haben. Mir scheint es nun dringlich, dass wir die stossende Regelung im Bereich des Erbganges, bei der Erbteilung, sofort ändern können. Ebenfalls scheint es mir wichtig, die Frist zu verkürzen, und zwar sofort – und nicht noch ein Jahr zuzuwarten, bis das endlich geschehen kann.

Ich bitte Sie in diesem Sinne, der Mehrheit zuzustimmen.

M. Berger, rapporteur: Nous n'avons pas entendu d'arguments très nouveaux si ce n'est des précisions qui relèvent malgré tout – les chiffres sont toujours parlants – que la situation, du moins dans certaines régions, a fondamentalement changé durant ces dernières années en matière de spéculation.

Je fais part à la minorité de mon sentiment de vivre dans un autre monde lorsque j'entends ses membres prétendre qu'en matière de spéculation nous sommes encore en pleine euphorie de transferts immobiliers, alors que ce n'est pas du tout le cas. Je ne m'étendrai pas plus longuement sur une telle argumentation. Nous sommes ici pour régler le problème des divergences et la seule solution acceptable à nos yeux, après vous avoir entendus, est celle du compromis qui, par définition, ne satisfait personne. Je ne vois pas d'autre alternative que celle d'accepter cette solution de compromis qui a ses éléments positifs et négatifs. Autrement, nous risquons de tomber dans une impasse qui ne serait pas du tout à l'honneur de notre Parlement.

J'ajoute que, concernant l'urgence, si nous ne la votions pas, nous retarderions par trop la mise en place des dispositions que vous approuverez ce matin, je le souhaite. Ce ne serait pas à l'avantage de l'allègement attendu.

Bundesrat Koller: Der Ständerat ist gestern in der Frage der Fortführung des Sperrfristbeschlusses Ihrem Rat einen grossen Schritt entgegengekommen. Er hat zwar die Frist von drei auf zwei Jahre verkürzt, dafür aber auch zwei von Ihnen neu eingefügte Ausnahmewilligungsmöglichkeiten wieder zurückgenommen bzw. besser mit der Stossrichtung des ganzen Beschlusses in Übereinstimmung gebracht.

Dieser Kompromiss ist daher auch für den Bundesrat annehmbar. Dabei möchte ich allerdings auch hier betonen: Der Kompromiss ist für den Bundesrat nur als Einheit annehmbar. Denn es ginge zweifellos an die Substanz dieses Sperrfristbeschlusses, wenn wir auf der einen Seite die Frist von drei auf zwei Jahre reduzieren, andererseits aber weitere Ausnahmemöglichkeiten schaffen würden. Das hat der Ständerat aber bewusst nicht gemacht, und ich bin daher überzeugt, dass wir mit diesem revidierten Sperrfristbeschluss das Hauptanliegen, nämlich auch künftig bis zum Ablauf der Geltungsdauer dieses Beschlusses spekulative Kaskadenkäufe und -verkäufe zu vermeiden, realisieren können.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen. Denn dieser Minderheitsantrag ist – das haben die Beratungen im Ständerat klargemacht – im Ständerat nicht mehr konsensfähig. Sie würden also erneut das Risiko eines Nullentscheides eingehen. Der Bundesrat hat ja von Anfang an gesagt, einer der Hauptgründe, weshalb wir Ihnen nach dem unglücklichen Ausgang der Dezemberabstimmung diese Vorlage sofort wieder unterbreitet haben, sei die stossende Regelung bei der Erbteilung. Bei der Erbteilung ist und bleibt es stossend, dass jemand, der ein Grundstück aus einer Erbteilung erhält, nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung an die fünfjährige Frist gebunden ist. Das gilt es auszumerzen, und das erreichen Sie heute nur, wenn Sie dem Kompromiss des Ständerates zustimmen.

Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zum vielzitierten Anschlussprogramm: Herr Ducret, im Rahmen des Anschlussprogramms bin ich gerne bereit, auch Alternativen zu dieser Sperrfrist zu diskutieren. Aber Sie wissen, dass an möglichen Alternativen vor allem fiskalische Massnahmen der Kantone in Frage kommen. Da möchte ich Sie alle dringend bitten,

innert nützlicher Frist Ihren Einfluss in den Kantonen geltend zu machen. Wir haben, gestützt auf die grundlegende Studie über die Bausteine einer künftigen Bodenrechtspolitik, klargemacht, dass auch dem Bundesrat eine marktkonformere, eine fiskalische Lösung angenehmer wäre als diese Lösung. Aber damit wir das mit gutem Grund so halten können, müssen die Kantone auf diesem Gebiet tätig werden.

Eine zweite Bemerkung in bezug auf das Anschlussprogramm: Herr Reimann Maximilian, auch die bürgerliche Seite dieses Rates muss ehrlicherweise eingestehen, dass unsere Eigentumpolitik in diesem Lande leider keine Erfolgsstory: Denn wenn wir mit 30 Prozent international fast die kleinste Eigentümerquote haben, ist das alles andere als ein Ruhmesblatt unserer Eigentumpolitik. Hier werden natürlich auch die bürgerlichen Parteien mit ihren Programmen beim Wort genommen werden müssen, wenn wir miteinander über das Anschlussprogramm diskutieren.

Herrn Poncet möchte ich sagen: Sie kennen in dieser Frage den grundlegenden Unterschied der Auffassungen zwischen Ihnen und dem Bundesrat. Ich muss mich hier nicht lange wiederholen. Der Bundesrat ist überzeugt, dass die Gefahr der Spekulation auf dem Immobilienmarkt – trotz der Beruhigung des Marktes – bis Ende 1994 nicht gebannt ist. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir an diesem Bundesbeschluss festhalten, wohl wissend, dass uns aufgrund der Ausnahmemöglichkeiten kein einziger Fall bekanntgeworden ist, der ein volkswirtschaftlich legitimes Bauanliegen verhindert hätte.

Was die Steuerausfälle der Kantone betrifft, Herr Poncet, muss ich Ihnen sagen: Der Umstand, dass sich der Staat an den schlechten Früchten der Spekulation beteiligt hat, ist natürlich für uns kein Grund, von Staates wegen Spekulation auch künftig zu begünstigen; denn das liefe ja auf eigentliche staatliche Prostitution hinaus.

Zusammenfassend möchte ich Sie dringend bitten, diesem Kompromiss nun zuzustimmen. Der grosse Wissenschaftler Max Weber hat einmal gesagt, Augenmass, Leidenschaft und Verantwortung seien die Kennzeichen grosser Politiker. Ich glaube, in diesem Geschäft ist die Leidenschaft auch heute morgen noch einmal – fast im Sinne eines Abganges – übermässig zum Zug gekommen. Der Bundesrat hofft nun, dass auch Augenmass und Verantwortung wieder zu ihrem Recht kommen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, dem Kompromiss des Ständerates zuzustimmen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	126 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	57 Stimmen

Art. 3 Abs. 3 Bst. h

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 3 al. 3 let. h

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 4 Abs. 1 Bst. c, e, k

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 4 al. 1 let. c, e, k

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Engler, Berichterstatter: Ich möchte hier nur erwähnen, dass wir bei den Buchstaben c und k zum ursprünglichen Text des Bundesrates zurückkehren und dass damit unser Beschluss gemäss Antrag Baumberger rückgängig gemacht wird.

Wir möchten darauf hinweisen, dass das nicht als Aussage für die Interpretation gewertet werden darf.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Ad 89.246

**Motion des Ständerates
(Kommission)
Berufsbildungsgesetz. Teilrevision
Motion du Conseil des Etats
(commission)
Loi sur la formation professionnelle.
Révision partielle**

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Wortlaut der Motion vom 13. Juni 1991

Mit dem Ziel, den hohen Standard der schweizerischen Berufsberatung weiterzuführen und auszubauen sowie Schwachstellen zu beheben, wird der Bundesrat beauftragt, den eidgenössischen Räten eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die Berufsbildung vorzulegen. Dabei sind auf der Grundlage der veränderten Zuständigkeiten (Aufgabenteilung) und der bisherigen Zusammenarbeit:

1. Voraussetzungen zu schaffen, um mittels Mindestvorschriften die von den Kantonen getragene Aus- und Weiterbildung gesamtschweizerisch gleichwertig zu gestalten;
2. Information und Dokumentation sowie Forschung und Entwicklung im Bereiche der Berufsberatung als gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen zu verankern;
3. Vorkehren zu treffen, dass die Diplome schweizerischer Berufsberater international anerkannt werden können.

Texte de la motion du 13 juin 1991

Dans le but de maintenir et d'améliorer le haut niveau de l'orientation professionnelle suisse et de pallier à ses lacunes, le Conseil fédéral est chargé de présenter aux Chambres une révision partielle de la loi sur la formation professionnelle. Se fondant sur les compétences modifiées (nouvelle répartition des tâches) et sur la coopération actuelle, il y a lieu:

1. de créer, par le biais de prescriptions minimales, des conditions équivalentes pour toute la Suisse dans les domaines de la formation et du perfectionnement qui incombent aux cantons;
2. de consacrer tâche commune de la Confédération et des cantons, l'information et la documentation ainsi que la recherche et le développement dans le domaine de l'orientation professionnelle;
3. de prendre des mesures visant à faire reconnaître les diplômes des conseillers en orientation professionnelle à l'échelon international.

Herr **Fierz** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 13. Juni 1991 hat der Ständerat auf Antrag seiner mit der Prüfung einer parlamentarischen Initiative (89.246 Cavadini Jean, Revision des Berufsbildungsgesetzes) betrauten Kommission einstimmig eine Motion überwiesen (Wortlaut siehe oben).

Die Initiative Cavadini Jean (89.246) schlug die Revision des Berufsbildungsgesetzes (BBG) vor mit dem Ziel, die Verantwortung für die Aus- und Weiterbildung der Berufsberater sowie für die Information und Dokumentation als alleinige Auf-

gabe und Kompetenz der Kantone gesetzlich zu verankern. Dadurch sollten aus einer Sparmassnahme des Bundes die Konsequenzen gezogen werden: Im Rahmen des Anschlussprogramms über die Sparmassnahmen 1984, in Kraft seit dem 1. Januar 1986 (SR 611.02), wurden die finanziell relevanten Artikel des BBG revidiert. Damit fielen die Bundesbeiträge an die Besoldungen der Berufsberater weg; subventioniert werden seither nur noch die Aus- und Weiterbildung sowie die Erstellung von Informations- und Dokumentationsmaterial. Die Kantone erlitten eine finanzielle Einbusse von jährlich rund 12 Millionen Franken; im Rahmen der Aufgabenteilung wurden ihnen jedoch keine zusätzlichen Kompetenzen übertragen.

Eingehende Anhörungen und Abklärungen zeigten auf, dass das BBG tatsächlich einer Revision für den Bereich der Berufsberatung bedarf, denn weder Klarheit noch Einheitlichkeit zeichnen diesen historisch gewachsenen Ausbildungszweig aus; systembedingt sind Spannungen entstanden, u. a. zwischen den Landesteilen und zwischen den verschiedenen Organisationen von Berufsberatern. Die ständerätliche Kommission sah die Lösung jedoch nicht in einer strikten Kantonalisierung, sondern im Gegenteil in einem verstärkten, ausgleichenden Engagement des Bundes. Oppositionslos ist der Ständerat ihrem Motionsvorschlag gefolgt, der zu einer Klärung und zu einer Verbesserung der heutigen Situation führen und einige Schwachstellen bereinigen soll. Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, die Motion entgegenzunehmen.

Erwägungen der Kommission

An ihrer Sitzung vom 29. Oktober 1991 nahm die WFK zur Kenntnis, dass das EVD inzwischen bereits Gespräche mit den betroffenen Kreisen geführt und erste Ergebnisse erzielt hat:

– Der Auftrag des Bundes zur Ausbildung der Berufsberater soll in Absprache mit den Kantonen konkret formuliert werden. Das in der Ausbildung zu erreichende Niveau wird – ähnlich wie im Bereich der Höheren Fachschulen – durch Mindestvorschriften umschrieben.

– Weiterbildung, Information und Dokumentation sollen der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Kantonen unterstehen. Davon wird erwartet, dass diese Aktivitäten allen Kantonen gleichmässig zugute kommen.

– Die internationale Anerkennung der Diplome ist eher zu erreichen, wenn die Ausbildung der Berufsberater einheitlich vom Bund anerkannt wird.

Die Kommission schloss sich einhellig der Zielsetzung der ständerätlichen Motion an. Sie nahm zwar mit Befriedigung von den eingeleiteten Schritten Kenntnis, sah aber trotzdem davon ab, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln.

M. **Fierz** présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

Le 13 juin 1991, le Conseil des Etats, sur proposition de sa commission chargée d'examiner une initiative parlementaire (89.246 Cavadini Jean, Loi sur la formation professionnelle. Révision) a transmis à l'unanimité une motion (texte voir ci-dessus).

L'initiative Cavadini Jean (89.246) propose de réviser la loi sur la formation professionnelle (LFP, RS 611.02) dans le but de confier aux cantons la compétence exclusive de la formation et du perfectionnement des orienteurs professionnels, ainsi que de la documentation et de l'information. Ce transfert de compétence permettrait de tirer les conséquences d'une mesure d'économie de la Confédération: dans le cadre du programme complémentaire sur les mesures d'économie de 1984, en application depuis le 1er janvier 1986, on a révisé les articles de la LFP ayant des incidences financières. De ce fait, les subsides fédéraux au traitement des orienteurs ont été supprimés. Seuls sont encore subventionnées, la formation et le perfectionnement de ces professionnels, ainsi que l'administration du matériel de documentation et d'information. Les cantons ont ainsi subi une perte se montant à quelque 12 millions de francs par an, sans qu'on leur confie des tâches supplémentaires au titre de la nouvelle répartition des tâches.

Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke. Aenderung

Délai d'interdiction de revente des immeubles non agricoles. Modification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.006
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.03.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	557-562
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 031

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.